



Rückverteilen, die Welt retten und 1:12 durchsetzen

»Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie?
Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen
die Gründung einer Bank?«

Berthold Brecht

Der Ausbau öffentlicher Care-Dienste steht scheinbar unter dem Damokles-Schwert der begrenzten Finanzmittel. Bezüglich der Geldmittel verhält es sich – so die zentrale Aussage dieses Artikels – jedoch genau umgekehrt: Es gibt sie nach langen Jahren der neoliberalen Umverteilung in Hülle und Fülle, nur sitzen sie in den Finanzmärkten. Langsam entwickelt sich in der Bevölkerung dafür auch die nötige Wahrnehmung. Die Schere zwischen kleinen und grossen Einkommen ist in den letzten 20 Jahren weit aufgegangen. Das empört die Leute. 68 Prozent-Ja-Stimmen zur Abzockerinitiative sind ein »überdeutliches Signal« (NZZ-Schlagzeile am Tag nach der Abstimmung). Vier eidgenössische Volksinitiativen kommen demnächst zur Abstimmung, die nun konkrete Massnahmen fordern: Die 1:12-Initiative, die Mindestlohninitiative, die Erbschaftssteuerinitiative und die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Diese Volksbegehren bedeuten eine grosse Chance für die Schweiz. Der Linken gelingt es damit, das Thema der Verteilungsgerechtigkeit ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Bereits die Annahme der Abzockerinitiative und die Diskussion über die 1:12-Initiative zeigen, dass diese Debatte auch über die Schweizer Grenzen hinaus grosse Beachtung findet.

Hans Baumann und Beat Ringger

Hans Baumann ist Ökonom und Mitglied der Denknetz-Kerngruppe. Er ist als Berater, Dozent und Autor für verschiedene Projekte tätig und sitzt für die SP im Gemeinderat von Dübendorf.

Beat Ringger ist Zentralsekretär des VPOD und Denknetz-Geschäftsführer. Der folgende Artikel ist die ergänzte Version eines Textes, der unter dem Titel »Rückverteilen und die Welt retten« in diesem Jahr in der Zeitung des Zürcher 1.Mai-Komitees erschienen ist.

Umverteilen ist ein zwiespältiger Begriff

Viele – auch viele Linke – werden in den kommenden Monaten davon sprechen, dass diese Initiativen den Reichtum umverteilen wollen. Der Begriff ist in diesem Zusammenhang allerdings irreführend. Umverteilen tönt nach Wegnehmen. Die Vorstellung, dass jemandem etwas weggenommen wird, was ihm gehört, behagt

aber den wenigsten Leuten, und zwar auch dann nicht, wenn sie unanständig reich sind. Zwar empfindet eine grosse Mehrheit die hohen Einkommensunterschiede als ungerecht, aber Umverteilen ist trotzdem nicht populär. Es ist wesentlich, dass wir andere Worte dafür wählen, um auszudrücken, was wir wollen. Denn die eigentliche Umverteilung hat in den letzten Jahrzehnten stattgefunden, indem der Reichtum von unten nach oben umverteilt worden ist. Jetzt muss dies korrigiert, das heisst es muss *rückverteilt* werden.

Umverteilen ist zu einem fragwürdigen Begriff des bürgerlichen Vokabulars geworden, hinter dem sich ein ganzes Geflecht von Denkfiguren verbirgt. Christophe Darbellay, Präsident der CVP, hat neulich im Radio gesagt: »Wir wissen, dass jeder Franken zuerst verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann. Deshalb sind wir bürgerlich.« In der Aussage von Darbellay finden sich zwei Unterstellungen. Die erste lautet: Die Linke kümmert sich nicht darum, dass jeder Franken zuerst verdient werden muss, bevor er ausgegeben werden kann. Die Linke will die Sozialleistungen, die Löhne und die Staatsausgaben ständig erhöhen, ohne sich dafür zu interessieren, woher das Geld kommt. Sie will die Wirtschaft ständig melken, ohne deren Leistungsgrenzen zu berücksichtigen. Die zweite Unterstellung heisst: Diejenigen, die die Franken heute verdienen, verdienen sie zu Recht. Hier braucht es den Gegen-Satz zu Darbellay: Jeder Franken muss zuerst erarbeitet werden, bevor er ›verdient‹ werden kann. Deshalb sind wir links. Hohe Gewinne, Spitzengehälter und Boni werden von den Konzernleitungen, den Managern und den Finanzjongleuren zwar einkassiert, aber nicht erarbeitet. Sie verdienen nicht, was sie ›verdienen‹. Die ›Wirtschaft‹ – die Konzerne und die Finanzinstitute – melkt vielmehr die Beschäftigten. Sie verteilt um – von unten nach oben. Das müssen wir aufdecken und thematisieren. Wir hingegen wollen eben gerade nicht umverteilen, wir wollen vielmehr *rückverteilen*. Wir wollen insbesondere jene Gelder *zurückholen*, die die reichsten 0.01 Prozent dem Rest der Gesellschaft abgezockt haben und weiter abzocken. *Rückverteilen* ist ein Akt der Gerechtigkeit. Robin Hood, der die Reichen beraubt und einen Teil des Raubgutes an die Armen rückverteilt hat, ist in der Volksseele ein Held, nicht ein Räuber.

Besseres Leben für viele statt Boni und Dividenden wenige

Die letzten sieben Jahre waren für viele Länder magere Jahre, für manche sogar eine Zeit des dramatischen Niedergangs. Nicht so für die Hauptverantwortlichen der Krise, die Grossbanken. Die UBS ist Ende

2008 vom Bund und der Nationalbank vor dem Untergang gerettet worden und hat vom Staat in den letzten neun Jahren unter dem Strich 3,1 Milliarden Franken erhalten. Dafür mussten 310'000 Haushalte je 10'000 Franken Steuern bezahlen. Von 2006 bis 2012 schüttete dieselbe UBS 42 Milliarden Franken Boni aus. Zusammen mit der Credit Suisse sind es in diesen Jahren über 100 Milliarden Gewinn, 74 Milliarden davon in Form von Boni (Boni sind nichts anderes als ein Teil der Gewinne, der an die Topmanager und die Chef-Investmentbanker geht). Diese Zahlen sind schockierend.

Boni sind längst keine volkswirtschaftliche Marginalie mehr. Das Geld fehlt anderswo. Ein Beispiel: Um in ganz Afrika allen Betagten eine existenzsichernde Rente zu bezahlen, sind pro Jahr sechs Milliarden Franken nötig – weniger als die jährlichen Boni von UBS und CS. Doch lange nicht alle alten Menschen Afrikas erhalten eine solche Rente. Und da die familiären Bande auch in Afrika zerfallen – zum Beispiel wegen der vielen Menschen, die an Aids sterben –, bedeutet das Fehlen einer Rente für manche Betagte das Todesurteil.

	UBS	Credit Suisse	Total
Gewinne 2006–2012 total	– 7	34.5	27.5
Darin eingerechnet: Verlust 2008	– 27.4	– 14.9	– 42.3
Boni total	42	35	74
Gewinne und Boni total	35	69.5	104.5
Steuern total	– 3.1	3.7	0.6

Gewinne, Boni und Steuern von UBS und Credit Suisse in den Jahren 2006 bis 2012 in Milliarden Franken

Quellen: Gewinne, Steuern: www.finanzen.net/bilanz_guv/UBS. Boni: 2009–2011 aus dem Vergütungsbericht UBS; alle anderen Jahre aus Internetrecherchen und Zeitungsberichten.

Aber nicht nur über Spitzengehälter und Boni wird abgezockt. Auch die Vermögensbesitzer kamen in den letzten Jahren nicht zu kurz. Die Dividendenausschüttungen erreichen 2013 mit fast 40 Milliarden Franken einen absoluten Rekordwert, nachdem bereits 2012 das bisherige Spitzenjahr (2007) übertroffen wurde. Davon profitieren in erster Linie die Grossaktionäre von Nestlé, Novartis, Roche und den übrigen 17 SMI-Firmen, die rund 85 Prozent aller Dividenden ausschütteten. Das sind alles Gelder, die den Lohnabhängigen und der Öffentlichkeit entzogen werden und die ohnehin Vermögenden noch reicher machen. Zudem werden sie zu einem grossen Teil steuerfrei einkassiert: Dank der Un-

ternehmenssteuerreform II können 2011, 2012 und 2013 rund 30 Prozent dieser Dividendenausschüttungen am Fiskus vorbeigeschleust werden.¹ Das sind allein für diese drei Steuerjahre rund 35 Milliarden Franken, die dem Staat als Steuersubstrat entgehen.

Sie spekulieren, statt zu investieren

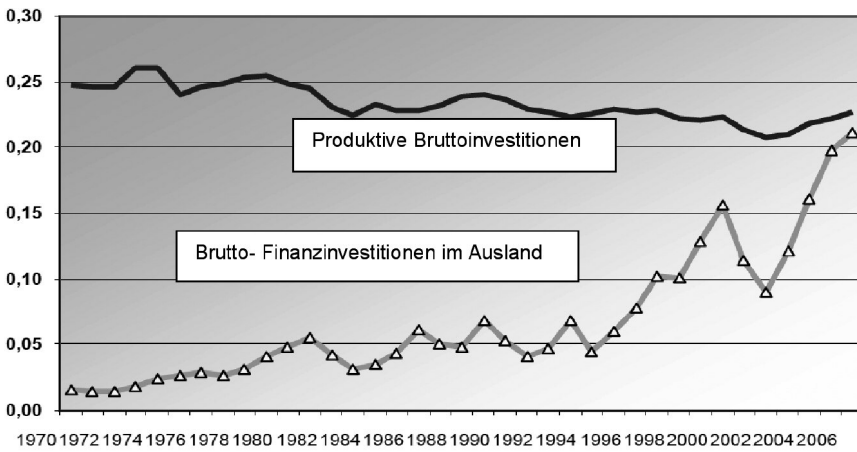
Was aber tun denn eigentlich die Superreichen mit all dem Geld, das sie abzocken? Schokolade kaufen? Schulen einrichten? Neue Unternehmen aufbauen? Mit anderen Worten: Konsumieren oder reale Investitionen tätigen? Nein. Sie legen diese Gelder auf den Finanzmärkten an. Damit nehmen die Überschüsse auf diesen Märkten ein weiteres Mal zu. Denn in der Finanzwelt hat es viel zu viel Geld. Diese Geldüberschüsse werden ›gierig‹ von einer Spekulationsblase zur nächsten getrieben und gefährden damit nicht nur die Stabilität des Finanzsystems, sondern der gesamten Wirtschaft. Aktuelles Beispiel: Seit 2009 investierten die international tätigen Finanzinstitute enorme Summen in windige Derivate, die auf Kursveränderungen von Staatspapieren spekulieren. Auf diese Weise wurde die Krise der Staatsfinanzen erst so richtig in Fahrt gebracht.

Hinter den aufgeblähten Finanzmärkten steckt ein grundsätzliches Problem. Ende der 1970er-Jahre formulierte der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt den berühmten Satz, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Der Glaube an diesen Wirkzusammenhang war massgebend für die sozialdemokratische Politik der Nachkriegszeit. Auf ihr fusste der Klassenkompromiss: Die Linke verwaltet den Kapitalismus mit, im Gegenzug werden Löhne und Sozialleistungen sukzessive erhöht.

Doch seit der neoliberalen Wende in den 1980er-Jahren ist alles anders. Der Anteil der Investitionen in die Realwirtschaft am BIP ist seither tendenziell gesunken. Obwohl die Profite markant angestiegen sind. Wäre es noch so, wie Schmidt meint, so hätten die Investitionen parallel zu den Profiten ansteigen müssen. Doch ein wachsender Teil der Profite geht in die Finanzmärkte. Dies hat dazu geführt, dass die Summe der Finanzvermögen viel rascher gestiegen ist als die Wirtschaftsleistung. Und seither taumelt die Welt von einer Spekulationsblase zur nächsten. Auch zum Satz von Helmut Schmidt braucht es den Gegen-Satz: Die Gewinne und die Boni von heute sind die Spekulationsblasen von morgen und die Wirtschaftskrisen von übermorgen.

Die nachstehende Grafik der UNO veranschaulicht diese Entwicklung. Während der BIP-Anteil der Bruttoinvestitionen in die reale Wirtschaftstätigkeit weltweit sank, ist die Summe der Finanzanlagen rasant

angestiegen (in der Grafik repräsentiert durch die Finanzanlagen im Ausland, was statistisch leichter erfassbar ist).



Verhältnis der Brutto-Finanzinvestitionen im Ausland und der produktiven Investitionen in Prozent des Welt-Bruttosozialproduktes

Quelle: UNO, Medienmitteilung vom 1.7.2008. Titel: »Face aux sévères restrictions de credit, à l'inflation galopante, aux emplois précaires, l'ONU appelle à une nouvelle réflexion surr les politiques pour faire face à l'insécurité économique.« Grafik basierend auf den Arbeiten der UNO Development Policy and Analysis Division DESA

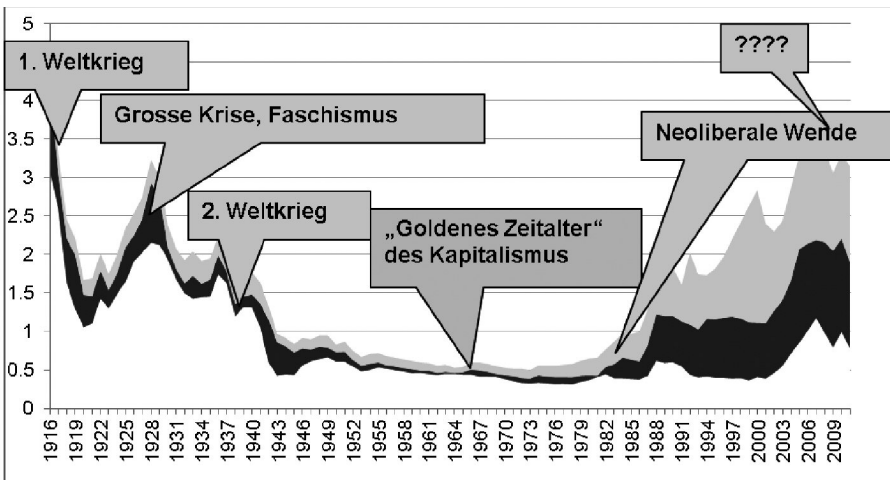
Eine weitere Betrachtung ergänzt diesen Befund. Der Unternehmenssektor erzielt seit Jahren erhebliche Überschüsse. Normalerweise müsste es umgekehrt sein: Unternehmen müssten sich verschulden, weil sie Kredite aufnehmen und damit Geschäfte machen, mit denen sie Gewinne erzielen. Mit einem Teil der Gewinne wiederum bedienen sie die Kredite. Auf diese Weise nehmen die Unternehmen die Ersparnisse der Haushalte auf und führen diese zurück in die Wirtschaftskreisläufe. Doch das ist jetzt alles anders. Von 2002 bis 2010 erzielte die Gesamtheit der deutschen Unternehmen jedes einzelne Jahr Überschüsse, in den USA tat dies der Unternehmenssektor in sieben der neun Jahre (2010 zum Beispiel mit 527 Mia Dollars = 3.6 Prozent des BIP). In der Schweiz wurden in acht der neun Jahre Überschüsse erzielt. Nur im Jahr des Bankencrashes, 2008, gab es ein Defizit. 2010 betrug der Überschuss des Unternehmenssektors satte 43 Milliarden, das waren 7.5 Prozent des BIP, was vermutlich einen Weltrekord bedeutet.

Solche Überschüsse müssen volkswirtschaftlich durch eine entsprechende Verschuldung der Staaten und der Privathaushalte ausgeglichen werden, weil die Produkte der Unternehmen sonst keine Abnehmer fin-

den. Im Falle Deutschlands und der Schweiz betrifft dies vor allem Staaten, Privathaushalte und Firmen im Ausland, die sich bei uns verschulden, was wiederum die Eurokrise anheizt. Die Schulden des Auslands gegenüber der Schweiz stiegen allein 2010 um fast 87 Milliarden an.² Statt anständige Löhne zu bezahlen und anständige Steuern abzuliefern, behalten die multinationalen Konzerne und Grossbanken viel zu viel Geld in der eigenen Tasche oder zahlen es als Dividenden aus. Zu Recht sagt der Ökonom Werner Vontobel deshalb, die zu hohen Unternehmensgewinne seien die »Mutter aller Finanzkrisen«.

... die Welt retten

Wenn wir nun die Reichtümer der Unternehmen und der Superreichen rückverteilen wollen, dann ist das nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Vielmehr retten wir damit auch die Welt, um es mal pathetisch auszudrücken. Denn Wirtschaftskrisen können sich in ähnlicher Weise steigern, wie es in der neueren Geschichte schon einmal der Fall war. Das Ergebnis waren zwei Weltkriege, Faschismus, Holocaust, Hiroshima.



Prozentualer Anteil der Top-VerdienerInnen am Gesamteinkommen der USA von 1916 bis 2011. Erfasst sind die reichsten 0.01 Prozent aller EinkommensbezügerInnen (in absoluten Zahlen handelt es sich in den USA gegenwärtig um etwas weniger als 20'000 Personen). Interessant ist auch die Herkunft der Einkommen: Weiss sind Kapitaleinkommen, schwarz die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und grau die Löhne. Die Grafik zeigt also auch die zunehmende Bedeutung der Boni und der Abzockerlöhne.

Quelle: The World Top Income Database. <http://topincomes.g-mond.parisschoolofeconomics.eu>.

Die obige Darstellung verdeutlicht dies. Sie zeigt den Anteil der Reichsten 0.01 Prozent in Prozent des BIP am gesamten Einkommen der USA im Zeitraum von 1916 bis 2011. Die Grafik macht deutlich, dass grosse Ungleichheit und grosse Krisen zusammenfallen – und das ist wohl kein Zufall. Das »goldene Zeitalter des Kapitalismus« (Eric Hobsbawm) der Nachkriegszeit hingegen zeichnet sich durch ein vergleichsweise geringes Mass an Ungleichheit aus.

Wenn wir die Rückverteilung der Reichtümer fordern, dann geht es also auch darum, eine neuerliche Periode grosser Krisen abzuwenden. Wir müssen den gesellschaftlichen Reichtum aus den destruktiven Finanzmärkten herauslösen und in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit zurückholen. Wir brauchen Mindestlöhne statt Abzock-Gehälter. Wir brauchen gute Pflegeheime statt Boni. Wir brauchen den ökologischen Umbau statt Steuergeschenke an die Superreichen. Wir brauchen Entwicklungsgelder statt Pauschalbesteuerung. Wir brauchen solide finanzierte öffentliche Care-Dienste.

Die 1:12-Initiative: Ein wichtiger Schritt

Die 1:12-Initiative, über die bereits Ende 2013 abgestimmt wird, lässt die Wogen hochgehen. In den Umfragen hält sich der Anteil der BefürworterInnen überraschend hoch. Im Mai, also rund ein halbes Jahr vor der Abstimmung, sprachen sich 55 Prozent für die Initiative aus, 25 Prozent lehnten sie ab.³ Das hat Arbeitgeber und bürgerliche Parteien aufgeschreckt und den Bundesrat veranlasst, den Abstimmungstermin von September auf den November zu verschieben. Economiesuisse hatte als federführender Verband bei der Abzockerinitiative eine hohe Niederlage eingefahren. Deshalb wurde die Federführung für die Gegenkampagne zur 1:12-Initiative dem Gewerbeverband übertragen.

Es zeichnet sich ab, dass sich die Kampagne gegen die 1:12-Initiative vor allem auf zwei Bereiche konzentrieren wird: Zum einen wird einmal mehr die Angst geschürt, dass betroffene Grossunternehmen ihre Hauptsitze in andere Länder verlagern und so Arbeitsplätze in der Schweiz gefährdet sind. Zudem wird argumentiert, die Initiative sei gar nicht umsetzbar, weil betroffene Unternehmen Wege finden würden, um entsprechende Regelungen zu umgehen, zum Beispiel, indem Tieflohnbereiche an Drittfirmen ausgelagert oder Manager ins Ausland verschoben werden. Sofort fällt auf, dass sich diese beiden Gegenargumente konkurrenzieren: Wenn die Initiative leicht umgangen werden könnte, gäbe es keinen Grund mehr, Unternehmen ins Ausland zu verlagern.

Die Drohung, grosse Unternehmen würden nach Annahme der 1:12-Initiative die Schweiz verlassen, wurde schon vor der Abstimmung über

die Abzockerinitiative erhoben. Nach der Annahme der Initiative sind diese Stimmen verstummt, und man arrangiert sich mit den neuen Regelungen. Der Standort Schweiz hat für Unternehmen gegenüber anderen Ländern so viele Vorteile, dass sie sich einen Wegzug auch nach einem zweiten Volksverdict – dem Ja zur 1:12-Initiative – zweimal überlegen werden. Die Schweiz bietet Unternehmen neben steuerlichen Vorteilen ein grosses Angebot an gut qualifiziertem Personal, erstklassige Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, politische Stabilität, Rechtsicherheit, gut funktionierende staatliche und private Dienstleistungen, eine ausgezeichnete Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, die Nähe zu den Finanzmärkten sowie zur Konkurrenz. Alles herausragende Voraussetzungen für ein hohes Produktivitätsniveau und attraktive Bedingungen für die Konzernspitze.

Kaderleute arbeiten besonders gern in der Schweiz, und zwar nicht nur wegen des guten Verdienstes. Die Agglomeration Zürich oder das Genferseebecken gehören zu den attraktivsten Wohngegenden der Welt. Gute Bildungseinrichtungen für die Kinder, ein Top-Kulturangebot, kurze Wege und eine ausgezeichnete Gesundheitsversorgung zeichnen sie aus. Für Manager besonders wichtig ist die Sicherheit, die ihnen erlaubt, sich mit ihren Familien frei zu bewegen. Solche Vorteile hätten Unternehmen und ihre Manager eventuell auch im grenznahen Ausland, etwa in Lörrach, weil man dort die Attraktivität Basels trotzdem in Anspruch nehmen kann. Aber Moskau? Bratislava? Kanalinseln? Singapur? Honkong? Viele in der Konzernleitung werden sich dagegen wehren, dorthin zu ziehen, selbst wenn sie dadurch Gehaltskürzungen verhindern könnten. Und selbst, wenn sie wollten: Die Manager alleine können den Sitz nicht ohne Zustimmung der AktionärInnen festlegen, die vom Standort Schweiz stark profitieren. Bei Nestlé braucht es beispielsweise für einen Wechsel des Firmensitzes eine sehr hohe zwei Drittel Mehrheit an der Generalversammlung.

Wie bei jedem Gesetz oder fast jeder Bestimmung eines Gesamtarbeitsvertrages wird es Unternehmen geben, die versuchen werden, die 1:12-Regel zu umgehen. Die Signalwirkung einer Annahme der Initiative wird aber gross sein. Der deutliche Volkswille würde einen Kulturwandel im Umgang mit Ungleichheiten in dieser Gesellschaft bedeuten, was die Umgehung erschwert. Bundesrat und Parlament werden gezwungen sein, die Initiative detailliert umzusetzen und mit den nötigen Kontrollmechanismen zu versehen. Unternehmen, die doch noch vorhandene Schlupflöcher ausnützen, werden es in diesem neuen Umfeld nicht leicht haben. Schliesslich wird die Annahme der Initiative nicht nur in der Schweiz, sondern auch international hohe Wellen schlagen.

Das hat sich nicht nur bei der Abzockerinitiative, sondern zum Beispiel auch am Berliner Umverteilungskongress im Mai 2013 gezeigt, an dem die 1:12-Initiative als wichtiger Input gewertet wurde. Die Idee wird so auch in andere Länder getragen, die ähnliche Begrenzungen der Abzockerlöhne einführen können. In Ägypten zum Beispiel fordert die gesamte Opposition (bis in bürgerlich-liberale Kreise), dass die höchsten Löhne maximal das 15-Fache des Mindestlohns betragen dürfen.

Wir müssen allerdings realistisch bleiben. 1:12, Mindestlöhne, Erbschaft- und Pauschalbesteuerung: Wir werden nicht alle Abstimmungen gewinnen, ja vielleicht auch keine einzige. Denn noch sitzen die bürgerlichen Glaubenssätze tief in den Köpfen. Noch meinen viel zu viele, wir wollten umverteilen. Doch in all diesen Abstimmungskampagnen bieten sich unzählige Gelegenheiten, zu erklären, warum wir rückverteilen müssen, warum wir Kinderkrippen statt Boni brauchen und warum wir damit die Welt retten. Diese Gelegenheiten sollten wir nutzen. Und da wir uns in einer Ära der Krisen befinden, werden unsere Kernaussagen immer und immer wieder bestätigt. Wenn wir beharrlich und geduldig sind, dann bekommen wir früher oder später die Chance zur Wende. Die Jahre 2013 und 2014 bringen uns auf alle Fälle einen wichtigen Schritt vorwärts in Richtung Rückverteilung, und sie werden helfen zu zeigen, dass die Gelder für ausreichende öffentliche Care-Dienste sehr wohl vorhanden sind.

Anmerkungen

- 1 UBS Outlook Schweiz, 1. Quartal 2013.
- 2 Alle Zahlen für die Schweiz: Bundesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.
- 3 Tages-Anzeiger vom 26.6.2013.

Literatur

- Baumann, Hans; Beat Ringger (Hrsg.): Richtig Steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Milliarden Franken an die Bevölkerung rückverteilt werden können. edition 8, Zürich 2011.
- Baumann, Hans; Beat Ringger: Unternehmenssteuern: Schweiz raubt andern Ländern jährlich CHF 29.2 bis 36.5 Milliarden Steuereinnahmen. Sept. 2012. www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Unternehmenssteuern_Sept_12.pdf.
- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie: Zu reich für den Kapitalismus. Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. April 2010. www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Text_Krise_der_gesellschaftlichen_Investitionsfunktion_def-2.pdf.
- JUSO und Denknetz: Lohnverteilung und 1:12-Initiative. Gerechtigkeit und Demokratie auf dem Prüfstand. edition 8, Zürich 2013.
- Ringger, Beat: Masst Euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2011.